

sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/137

20. Juli 1973

Wir müssen in Freiheit leben können

Tatsachen und Gedanken zum 20. Juli 1944

Von Prof. Dr. Carlo Schmid

Seite 1 bis 3 / 97 Zeilen

Repräsentatives oder imperatives Mandat ?

Eine Aufforderung zur Diskussion in den SPD-
Führungsgremien

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD in Bayern

Seite 4 und 5 / 74 Zeilen

Die harte Lehre eines politischen Lebens

Der Alt-Sozialdemokrat Hans Dill ist von
uns gegangen

Seite 6 / 44 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 89 97 - 38
Telex: 885 846 / 885 847

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Wir müssen in Freiheit leben können

Tatsachen und Gedanken zum 20. Juli 1944

Von Prof. Dr. Carlo Schmid

Die Diskussion über den 20. Juli 1944 hört nicht auf - und sie soll nicht aufhören! Es wäre schlimm, wenn dieses Datum sich den übrigen Daten gesellen würde, deren jährliche Wiederkehr wir "feiern", ohne mehr so recht zu wissen, was denn einst an diesem Tage Feiernswertes geschehen ist. Da ist es gut, daß für manchen nicht außer Zweifel steht, ob, was damals geschah, eine rühmensewerte, eine nationale Tat gewesen ist; und es ist auch gut, daß es immer einige geben wird, die harte Worte für das finden, was Graf Schenck von Stauffenberg und seine Familie gewollt und getan haben: "Meuterei", "Verrat", "Mord"... Das zwingt zur Besinnung und ruft jeden von uns auf, Stellung zu beziehen, das fordert uns heraus, uns selber zu fragen: wo stehst du bei dieser Auseinandersetzung?

So könnte sich je und je in der Brust jedes einzelnen der moralische Widerstreit neu vollziehen, der sich in der Brust der Männer damals vollzogen hat, und so könnte auch in uns die Läuterung geschehen, die in der Seele jener Frauen und Männer die Rangordnung der Werte wiederhergestellt hat, deren Bestätigung durch die Tat dem Leben der Menschen und Völker allein Würde verleiht.

Die Frauen und Männer des 20. Juli waren leidenschaftliche Patrioten; sie wußten, daß die Völker immer in der tragischen Notwendigkeit des Kampfes um ihren Bestand leben müssen, aber sie waren deutsche Patrioten, für die die Bewährung eines Volkes nicht im Erfolg liegen kann, wenn dieser Erfolg nur durch Mittel erzielt werden kann, die eine Verneinung all dessen sind, was die Würde des Menschen ausmacht. Sie meinten, kein Volk könne das Leben gewinnen, indem es seine Seele preisgibt.

Dieses unser Volk aber lief Gefahr, seine Seele zu verlieren. Viel zu viele hatten sich schon daran gewöhnt, von unvorstellbaren

Greueln zu wissen und dazu zu sagen, der Zweck heilige auch die Mittel, denn der Zweck, für den man sich ihrer bediente - Verwirklichung der Größe des deutschen Volkes - sei doch ein sehr schöner Zweck. Die anderen aber, jene, für die die Frauen und Männer des 20. Juli handelten, dachten umgekehrt, daß die Mittel es seien, die einen Zweck zu heiligen oder zu verunheiligen vermöchten. Sie fanden die Mittel über alle Maßen entsetzlich und verbrecherisch, und darum meinten sie, die Ursache des Übels selbst vertilgen zu müssen, und zwar mit den Mitteln, die die Zeit forderte und allein möglich machte.

Sie wollten sich nicht damit begnügen, mit sich zufrieden zu sein, weil sie doch "dagegen" waren und moralisch und politisch verurteilten, was geschah; sie meinten, daß jenen, die das Rechte wußten, der Auftrag gegeben sei, alles zu unternehmen, was die Not wenden könnte.

Nun wird man vielleicht sagen: wenn es die Mittel sind, die den Zweck heiligen, und wenn diese Männer davon überzeugt waren, daß kein Verbrechen irgendeinen Zweck heiligen kann - wieso griffen sie dann zum Mord? Die Frage ist falsch gestellt: zu keiner Zeit hat die Vernichtung der Tyrannen für Mord im Sinne des fünften Gebotes gegolten. Wer einen Menschen tötet, von dessen Sein oder Nichtsein ausschließlich abhängt, ob ganze Völker gegen Moral und Recht ausgerottet werden oder ob sie leben bleiben können, begeht keinen Mord, sondern eine Notwehrhandlung für sich und andere - vorausgesetzt, daß andere, "legale" Mittel fehlen, um das Verbrechen abzuwenden. Solche Mittel gab es im Dritten Reich nicht. Darum mußte der gute Geist der Nation selber richten, und darum mußten diesen Richterspruch jene vollstrecken, die in ihrem Gewissen den Notruf hörten.

Man hat diesen Männern gegenüber oft von Eidbruch gesprochen. Gewiß, sie hatten einen Fahneid geleistet - aber kann sich auf den Fahneid berufen, wer selber millionenfach eidbrüchig geworden

ist, indem er seinen Soldaten Dinge zu tun befahl, die allem widerstritten, was göttliches und menschliches Recht gebieten? Soldaten, die sich mit dem Mittel der Gewalt gegen den wehren - und sei es auch mit dem äußersten Mittel -, der sie vom Soldatentum ins Verbrechertum hinunterstoßen will, brechen keinen Fahneneid. Vor allem aber: wem gilt der Fahneneid? Er gilt doch dem Vaterlande und nicht dem, der es offenkundig ins Verderben führt; nicht dem, der unter Mißbrauch des vaterländischen Opfermutes von Millionen alles das vernichtet, was ein Land überhaupt erst zu einem "Vaterland" macht. "Heilig Herz der Völker, Vaterland..." Schon der heilige Augustinus hat davon gesprochen, daß Staaten, die das Widerrecht zu ihrem Gesetz erheben, nichts anderes seien, als große Räuberhöhlen.

Und schließlich wirft man jenen Männern vor, sie hätten sich nicht geschämt, Deutschland mitten im Kriege in eine schreckliche Krise zu stürzen, die mit Sicherheit den Verlust des Krieges nach sich ziehen mußte. Nun, die Männer des 20. Juli waren davon überzeugt, daß ihre Tat Deutschland auch militärisch wenigstens vor dem Schlimmsten retten könnte, und sicherlich haben sie das meiste dazu getan, Deutschland wieder in die Reihe der Völker einzugliedern, denen man zutrauen kann, daß sie in Freiheit leben können.

Aber das ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist - und diese Frage steht vor jedem von uns - was will man lieber, Deutschland gewinnt den Krieg, behält aber die Gottesgeißel der Hitlerherrschaft, oder das deutsche Volk verliert den Krieg, befreit aber Deutschland und die Welt vor der Verderbnis, die Hitler und seine Knechte über sie gebracht haben?

Die Männer und Frauen des 20. Juli meinten, daß vaterländisch handle, wer, koste es materiell, was es wolle, sein Volk - da es nicht vermocht hatte, rechtzeitig dem Übel zu wehren - davor bewahre; in Schuld und Schande zu versumpfen.

Beim Gedenken ihrer Tat hat jeder von uns Gelegenheit, sich die Frage vorzuliegen, was er tun würde, falls er einmal vor dieser Wahl stehen sollte. Darum ist es gut, jedes Jahr des 20. Juli 1944 zu gedenken. Darum ist es auch gut, daß dieser Tag ein Ärgernis ist.
(-/20.7.1973/ks/ex)

+ + +

Repräsentatives oder imperatives Mandat ?

Eine Aufforderung zur Diskussion in den SPD-Führungsgremien

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD in Bayern

In der politischen Öffentlichkeit entsteht eine neue Diskussion: Es geht um das sogenannte "imperative Mandat" oder - anders gesagt - um die Frage, inwieweit man Abgeordnete, kommunale Mandatsträger und Delegierte an Aufträge ihrer jeweiligen "Partei-basis" binden kann. Dieses Thema wird in manchen Großstadtorganisationen der SPD - man denke nur an Frankfurt und München - heiß diskutiert. Und Dr. Johanno Strasser, der stellv. Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, hat eben laut darüber nachgedacht, ob man nicht eine Möglichkeit schaffen sollte, Abgeordnete während der Legislaturperiode abzurufen, wenn sie gegen "Basis-Beschlüsse" verstoßen sollten. Dies alles ist Grund genug, daß innerhalb der Führungsgremien der Partei und auch im Parteirat schnellstens eine theoretische Meinung erarbeitet wird.

Der bayrische Landesverband der SPD hat dazu einen ersten, bescheidenen Ansatz geliefert. Um Mißverständnisse auszuschließen, die aufgrund der öffentlich ausgetragenen Diskussion in der Landeshauptstadt München leicht entstehen könnten, hat der Landesvorstand ein eindeutiges Bekenntnis zum repräsentativen Mandat abgelegt. In dem Beschluß heißt es: "Der gewählte Abgeordnete muß sich der stetigen Kritik seiner Wähler sowie der Mitglieder der ihn entsendenden Partei stellen. Mandatsträger müssen aber die Möglichkeit behalten, aktiv Politik zu gestalten, in Verhandlungen Kompromisse einzugehen und notfalls auch gegen Voten ihrer Partei zu entscheiden."

Dieses Bekenntnis zum Artikel 38 des Grundgesetzes dürfte unter ernstzunehmenden Sozialdemokraten noch kaum umstritten sein. Auch Dr. Johanno Strasser räumt ein, daß man "nicht durch die Basis-Organisation alle Entscheidungen höherer Delegiertengremien vorwegnehmen" könne. Das imperative Mandat in "diesem strengen Sinne" sei "Unfug". Strasser hat recht.

Einigkeit sollte auch darüber erzielt werden können, daß die Parteien allerdings bei der Formulierung der Politik eine wichtige

Rolle spielen müssen (Art. 21 Grundgesetz!). Die Ablehnung eines "imperativen Mandats" ist kein Blankoscheck für "Volksbürgermeister", unbequeme Beschlüsse ihrer Parteien schlicht in den Schornstein zu schreiben. Die Abgeordneten müssen frei entscheiden können; aber die Parteien haben das gute Recht, Mandatsträger, die zu oft gegen sie entscheiden, beim nächsten Wahltermin in Pension zu schicken. Entscheidungen müssen an der Basis ausführlich diskutiert werden. Abgeordnete müssen über ihre Politik vor der Partei wie vor den Wählern regelmäßig Rechenschaft ablegen.

Diese Grundsätze ließen sich leicht beschließen, denn ein Widerspruch käme nur von versprengten Minderheiten. Entscheidend aber ist darüber hinaus, daß man sich - jenseits der Rechtsregeln - über den Stil verständigt, in dem man in der Partei miteinander umgeht. Und hier liegen die eigentlichen Probleme. Es gibt leider Unterorganisationen und Gruppen, die ihr demokratisches Recht zu regelmäßiger Kritik zur "Basis"-Mythologie übersteigern, die Mandatsträger von Termin zu Termin hetzen und einer entwürdigenden Prozedur der "Selbstkritik" unterwerfen, die sie auch in Einzelheiten an Voten ihrer "Basis" binden soll. Und es gibt Volkstribunen, die die Massenmedien gegen die eigene Partei ins Feld schicken und stets dann ihr "Gewissen" und den "Wählerwillen" entdecken, wenn die Partei anderer Meinung ist als sie selbst.

Auch um diese Praxis unterhalb der Rechtsregeln muß die SPD sich kümmern. Beispiel: Wir geraten in die Gefahr, die Funktion von Parteitag zu verkennen. Wenn 300 Delegierte den Spitzensteuersatz in der Körperschaftssteuer, Einzelheiten von Redaktionsstatuten oder die Standorte von Neubauten beschließen, müssen sie auf die Dauer ihre eigene Wirksamkeit untergraben. Es muß der Tendenz entgegengewirkt werden, auf Parteitag die Arbeit von Parliamentsausschüssen vorwegzunehmen. Parteitage sollen politische Grundsätze beschließen, die Einzelregelungen aber den zuständigen Entscheidungsgremien überlassen. Auch solche Fragen verdienen kritische Reflexion.

Es gibt viele Gründe für alle demokratischen Parteien, über den Mechanismus des Parlaments (die Personalauswahl ebenso wie die Stellung zur Exekutive) gründlich nachzudenken. Das Problem des imperativen oder repräsentativen Mandats ist nur ein Ausschnitt aus einem großen Thema. Ein überlegter Beschluß nach einer fundierten Diskussion könnte klärend wirken: Nicht nur in Frankfurt und München, sondern überall. Denn Mißstände gibt es nicht nur dort, wo sie öffentlich werden.

- 20.7.1973 ks'ex

+ + +

Die harte Lehre eines politischen Lebens

Der Alt-Sozialdemokrat Hans Dill ist von uns gegangen

Mit 86 Jahren hat einer der letzten aus dem sozialdemokratischen Fraktionsverband im Reichstag für immer Abschied genommen. Hans Dill, vor allem den alten Genossen aus dem Sudetengebiet und aus Franken ein wacher Begriff, ist in Frankfurt begraben worden. Vizepräsident Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen gab dem Reichstags-Kollegen die letzte Ehre.

In Hans Dills Leben bietet sich den Heutigen, und gerade auch der jungen Generation in der Bundesrepublik-SPD, ein Stück der Geschichte dieser großen Partei dar, daß keiner außer Acht lassen sollte: zu seinem Guten und zum Guten der Partei. Hans Dill war am 25. Juni 1887 in Brand bei Tachau im Böhmerwald geboren worden. Der Volksschüler lernte Porzellanmalerei, trat der sozialdemokratischen Partei im Mai 1905 bei, wurde ab 1912 Parteisekretär in Nürnberg, Würzburg und München, war von 1919 bis 1927 Redakteur der "Münchner Post", von 1919 bis 1930 Landtagsabgeordneter in Bayern und von 1930 bis 1933 Reichstagsabgeordneter.

Im Jahre 1927 war Hans Dill SPD-Sekretär für den Parteibezirk Franken geworden und damit in jenen kritischen Zeiten auf einen gefährlichen und schwierigen Posten gestellt worden. Franken war zu einer NS-Hochburg geworden, Nürnberg zur "Stadt der Reichsparteitage" Hitlers. Als die NSDAP mit ihrer ersten "Hundertschaft" in den Reichstag einrückte, saß Hans Dill ihnen inmitten der SPD-Fraktion gegenüber: Als aktiver Teilnehmer an den leidenschaftlichen und erbitterten Auseinandersetzungen der letzten drei Jahre der Weimarer Republik.

Im "Tausendjährigen Reich" war für Hans Dill kein Platz. Er ging in die Emigration, im engen Kontakt mit Otto Wels, Hans Vogel und Erich Ollenhauer. Aus der Tschechoslowakei wirkte er als einer der sechs "Grenzsekretäre" des Exilvorstandes der SPD in enger Verbindung mit seinen politischen Freunden aus dem Parteibezirk Franken. Dann mußte er auch dieses Exil verlassen und im fernen Kanada, in einer unwirtlichen Provinz, eine neue kärgliche Existenz als Landwirt aufbauen. Im November 1966 kehrte er nach Deutschland zurück und verbrachte die letzten Jahre seines symbolischen Lebens im Taunus.

Mit wachem Sinn und großer Anteilnahme hatte Hans Dill den Aufstieg seiner Partei an die Regierungsmacht erlebt und dabei immer die Kämpfe, die Sorgen, die Leiden und die Niederlagen der Vergangenheit vor Augen gehabt. Der so lang erträumte große Erfolg, dessen er sich herzlich erfreute, ließ ihn, der ein langes Stück sozialdemokratischer Geschichte verkörperte, aber nicht übermütig werden. Die Hans Dills in der SPD jedenfalls wissen zu genau, daß man im Besitz der Macht nicht übermütig werden darf, wenn man die Macht behalten will.

(ee/20.7.1973/ks/ee)